

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die wissenschaftliche Klärung der Wechselbeziehungen zwischen kurzfristiger Freiheitsstrafe und Strafen ohne Freiheitsentzug auch gezielte Forschungen über den Mechanismus des Einflusses dieser Maßnahmen auf die übrigen Mitglieder der Gesellschaft erfordert. Sie fehlen bisher noch gänzlich, müssen aber unverzüglich in Angriff genommen werden.

---

## Internationale Rechtsprobleme

### *Internationales Währungsrecht und imperialistische Währungskrise*

*Hans Spiller*

---

Der Beschluß der englischen Regierung vom 18. November 1967, den Wechselkurs des Pfundes um 14,3 % herabzusetzen, markierte dramatisch den Übergang von der seit langem schwelenden Währungskrise zum offenen Währungsverfall des imperialistischen Systems. Diese im Interesse vor allem der englischen Monopole nunmehr unvermeidbar gewordene Maßnahme war darauf gerichtet, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der englischen Industrie zu erhöhen, ihre Attraktivität gegenüber dem EWG-Markt durch die generelle Senkung der Exportpreise infolge der Wechselkursveränderung zu verbessern. Selbst die offizielle Regierungserklärung kam jedoch an dem Eingeständnis nicht vorbei, daß die für die englische Wirtschaft erhofften neuen Möglichkeiten „zu einem hohen Preis“ erkaufte werden müssen.<sup>1</sup> Das erfordere vor allem, „den Zuwachs des inländischen Konsums zu verringern“ und den „wesentlichen Nachteil der Wechselkursänderung...“, daß sie zu einem Anstieg der Preise führen wird“ und trotzdem „keine hohen Lohnforderungen und Lohnbewilligungen auslösen“ darf, in Kauf zu nehmen.<sup>2</sup> Die in der gleichen Erklärung abgegebene Versicherung der „festen Absicht der Regierung, zur rechten Zeit die erforderlichen Schritte zum Schutze derjenigen Bevölkerungsschichten zu ergreifen, die von den Folgen der Abwertung am härtesten betroffen werden“<sup>3</sup>, konnte in ihrer Unverbindlichkeit die vorhandenen Befürchtungen nur verstärken. Die historischen Erfahrungen, die die Werktätigen aller kapitalistischen Staaten bei ähnlichen Vorgängen gemacht hatten, ließen es als gewiß erscheinen, daß auch in diesem Falle die wirtschaftliche Subventionierung der beherrschenden Monopole zu Lasten der Bevölkerung gehen würde. Inzwischen hat die englische Regierung ihr entsprechendes Finanzierungsprogramm für diese Wirtschaftssubventionierung vorgelegt. Es sieht die Beschaffung von nicht weniger als 9 Milliarden Mark vor, die „sehr zur Erleichterung der Industrie und zum akuten Mißfallen der Gewerkschaften konzentriert... mutig und konstruktiv auf die indirekten Steuern“<sup>4</sup> geworfen werden, d. h. durch Besteuerung des privaten Verbrauchs von den Werktätigen aufgebracht werden müssen.

1 Vgl. Erklärung des britischen Schatzamtes vom 18.11. 1967 zur Abwertung des Pfundes Sterling, in: Europa-Archiv, 1968, S. D 34, Ziff. 2.

2 a. a. O., S. D 34 f., Ziff. 7

3 a. a. O., S. D 35, Ziff. 9

4 „Das strengste Budget aller Zeiten für die englische Bevölkerung“, Handelsblatt (Düsseldorf) vom 21. 3. 1968, S. 6